

# Reichsminister Treviranus über Deutschlands Bauernnot.

München, 21. Januar. Auf der Generalsammlung des Bezirksverbandes Münsterland der westfälischen Bauernvereine in Coesfeld hielt Reichsminister Treviranus am Dienstag eine Rede über Deutschlands Bauernnot. Er teilte dabei mit, daß daran gedacht werde, für das Getreide des Ostens eine Abnahmeverpflichtung seitens des Staates und der Gemeinden aufzulegen. Ueberaus Mitteln seien dazu notwendig. In einer am Montag stattgefundenen Besprechung mit dem Reichsminister sei die Frage der Ausbringung der Gelder erörtert worden. Bei der Entschuldungsoption im Osten, so erklärte er weiter, muß dem Besitzer auch eine Wirtschaftsberatung gegeben werden, die über die Deckung und Tilgung der Schulden hinaus verheißt, daß er in zwei bis drei Jahren erneut bis über den Hals verschuldet ist. Nur eine individuelle Prüfung, die viel Zeit erfordert, wird das Uebel der Gefälligkeitsakzepten energisch bekämpfen können, das im Osten ganze Kreise einfach zur Vernichtung gebracht hat. Nicht nur der beste Wirt, sondern besonders der Erbsengestirnte muß nutzbar angefaßt werden, gerade da, wo an den Grenzen nationalstaatliche Gefahren für den Bestand der Nation drohen. Wir wären mit der Fürsorge für unsere Landwirtschaft weiter, wenn nicht bei den verschiedenen Fragen immer wieder politische Verzerrungen Platz greifen würden, die die anderen hindern, ehrlich und sachlich zu urteilen. Zur Zusage erklärte der Minister, die 125 Millionen Reichsmark für die Zuckerausfuhr, die dem Ausland geschenkt wurden, wären besser durch den Viehmagen gejagt worden. Die harte Lehre, daß kein Mensch der Welt mit Zwang auf die Dauer die wirtschaftlichen Preise feilhalten, heraus- oder heruntersehen kann, haben wir gelegentlich der Preisentwässerung wieder erfahren. Niemand dachte daran, unter ihrem Einfluß zu laufen, und das bedeutete eine Störung in der ganzen Industrie und damit auch Verluste besonders an Kleinrentnern. Die ganze Verantwortung für das Geschehen eines Preisabbaues liegt bei den Hausfrauen. Der Minister appellierte

dann vor allem an die Selbsthilfe. Alles das, was uns unter Reparationsdruck, Weltwirtschaftskrisis, Grenzziehungsschäden, Ausbeutung unseres Landes durch Besatzung und Kriegskosten von allen Nationen an Mehrbelastung auferlegt ist, gibt dem Staat natürlich nur begrenzte Möglichkeiten steuerlicher Entlastung. Die Fehlerquelle in dem steuerlichen System der letzten Jahre scheint darin zu liegen, daß das Schema  $\frac{1}{2}$  über das ganze Reich es nicht gestattet, die natürlichen Bedingungen des wirtschaftlichen Lebens angemessen zu berücksichtigen. Eine ausdehnende steuerliche Entlastung kann der Landwirtschaft nur gegeben werden, wenn bei den Realsteuern angefangen wird. Im Osten erhalten die Erwerbslosen zu essen, sie werden zur Arbeit herangezogen, erhalten aber keine bargeldliche Unterstützung. Dazu gehört viel Mut, aber vielleicht ist das ein Beispiel für die Reichsregierung, die darauf ausgeht, unpopulär zu sein, weil der rechte Arzt nie die volle Anerkennung findet. Die Feststellung gilt aber auch für die örtlichen und kommunalen Behörden. Die Reichsregierung ist leider nicht in der Lage, in die steuerliche Gesetzgebung der Länder über eine gewisse Rahmengesetzgebung hinaus einzugreifen. Jede selbstgelebene Methode erfordert längere Zeit zum Ausgleich und so kann auch erst vom 1. April 1932 ab in der Frage des Finanzausgleichs ein gesunder Ausgleich geschaffen werden. Das, was im Reichsrat als Vorlage der Reichsregierung hineinkam, ist durch Einspruch verschiedener Länder nicht unerheblich im Rahmengesetz verflüssigt worden. Immerhin dürfen wir nicht ablassen, praktisch mit dem Umbau des Steuerwesens ernst zu machen. Was wir dem Ausland zahlen müssen, ist eine völkerrchaftlich-juristische Verpflichtung, die bei der Machtlosigkeit unseres Vaterlandes nicht mit einem Strich beseitigt werden kann. Es wäre daher falsch, wollten wir uns im Prüderestreich erschöpfen. Bodenständige Wirtschaft verlangt eine bodenständige konservative Politik und Lebenserhaltung. Die Einsicht ist auf dem Marsch, daß ohne wirkliche Erneuerung der Heimat Erde es nicht möglich sein wird, das Reich zu halten.

heit zu verschaffen, so würde er seine Friedensaufgabe verfehlen, sein eigenes Dasein erschüttern und seine Existenzberechtigung verlieren. Erfüllt er aber seine Verpflichtungen in der Abrüstungsfrage, so werden wir die ersten sein, das anzuerkennen. Niemand kann mehr an wirklicher Abrüstung gelegen sein, als dem deutschen Volke.

## Gegen die Arbeitsdienstpflicht.

Der preussische Handelsminister spricht im Hauptauschuß des Preussischen Landtages.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages ging bei der Beratung des Haushaltes des Handelsministeriums Handelsminister Schreiber auf die Arbeitsdienstpflichtfrage ein. Derartige Pläne seien un-durchführbar. Jangsarbeit sei an sich unwirtschaftlich. Als Beispiel führte er an, daß Preußen für einen Strafgefangenen jährlich 1035 Mark aufwenden müsse. Die Unterhaltung der jugendlichen Arbeitskräfte würde noch bei weitem kostspieliger sein. Dazu kämen die Aufwendungen für Arbeitsgeräte usw. Außerdem würden riesige Vertriebe eingerichtet werden müssen. Dringend erwünscht sei es, gegenüber den fremden Saisonarbeitern, die überflüssig seien, nationale Politik zu treiben.

Handelsminister Schreiber berührte im Verlauf der Beratungen im Auschuß auch die Preisentwässerungsbestrebungen der Regierung. Er erklärte, daß man die Erfolge der Regierung bei Kohlen, Holz, Weizen, Kartoffeln und Brot nicht leugnen könne; er stehe aber auf dem Standpunkt, daß die staatlichen Werke die von ihnen auf Grund der Kostenpreisentwässerung gemachten Ersparnisse den Verbrauchern mehr zugute kommen lassen müßten. Leider sei eine Herabsetzung der staatlichen Verkäufe, insbesondere für Elektrizität und Gas, noch nicht überall erfolgt. Die Beratung wird fortgesetzt.

## Amerika soll Schulden erlassen.

Eine weitere englische Stimme für Schuldenerregulierung.

Auf der Jahresversammlung der Barclay-Bank sprach sich der Direktor der Bank, Goodenough, energisch für eine Neuregelung der internationalen Schuldenfrage aus. Die ungünstige wirtschaftliche Lage Englands könne nur zum Teil aus inneren Gründen erklärt werden. Die äußeren Gründe seien in den hohen Zolllauern Amerikas, das für die Ansammlung von Gold zum größten Teil schuld sei, zu suchen. Amerika und Frankreich müßten die Kreditmöglichkeiten, die sie der Welt bieten könnten, nicht hinreichend ausnützen. England habe seinerzeit seinen Schulden rund 2,5 Milliarden Pfund nachgelassen, um hierdurch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Länder zu erhalten. Wenn jetzt Amerika das gleiche tun würde, hätte hierdurch die ganze Welt die größten Vorteile

Zollmaßnahmen seien nur ein Notbehelf. Die aktive Gestaltung der deutschen Handelsbilanz 1930 mit einem Ausfuhrüberschuß von 1800 Mill. Mark gegen 36 Mill. Mark im Vorjahre sei der einzige Vorgang, der auf der Aktivseite des Jahres 1930 gebucht werden könne.

Zum Schluß betonte der Redner, daß der Geist der Notverordnungen endlich ein anderer sei als in dem Jahrzehnt seit dem 9. November 1918. Dem Volke fehle aber noch genügendes Gemeinschaftsgefühl und teilweise das Vertrauen zu den führenden Männern. Alle bisher getroffenen Maßnahmen gingen an das Hauptproblem heran, griffen es aber nicht wirklich selber an, bedeuteten also ein Halt, aber noch keine Umkehr. Das gemeinsame Bemühen gelte der Eringung der inneren und äußeren Freiheit unseres Volkes, der Schaffung von Arbeit und einer vernünftigen wirtschaftlichen Ordnung. Aufrollen der Tributzüge und genaue Regelung von Finanz- und Volkswirtschaft führten zu diesem Ziel. Der Einzelpersonlichkeit müsse mehr Raum und Entfaltungsmöglichkeit gegeben werden. Unter Hinweis auf die 60-Jährige Wiederkehr der Reichsgründung wandte sich der Redner gegen die reine Interessenpolitik. Die Einheit des Reiches bleibe solange äußere Form, solange sich nicht jeder als Mitglied dieses Reiches fühle. Aus dem Verantwortungsbewußtsein jedes einzelnen gegenüber der Gesamtheit, aus der stillen Kraft, für jedes dem einzelnen vom Staate gegebene Recht in gleich hohem Maße eine Verantwortung zu übernehmen, aus der ersten Erkenntnis der Schicksalsverbundenheit aller Teile und Schichten unseres Volkes wird — so schloß der Redner — die wahre Gesundung kommen!

macht, in denen es heißt, daß die Zugänge zu den Wohn- und Wirtschaftsräumen bei Einglätt mit Asche, Sand und dergleichen zu bestreuen sind.

Die Ortsgruppe Wilsdruff des Deutschen Nationalen Handwerksvereins hat morgen Donnerstag abend in Stadt Dresden ihre Jahreshauptversammlung ab, an die sich die der Deutschen Nationalen Krankenkasse anschließt.

Antkron. Die Jahreshauptversammlung des Vereins wird kommenden Freitag abends 8 Uhr im Adler abgehalten. Aktive und passive Mitglieder werden um alleseitiges Erscheinen gebeten.

Die Pflicht zur Beschaffung der Steuerkarte. Ein Amtsgerichtsrat i. R. hatte seine Bezüge von mehreren Gerichtsstellen empfangen; es kamen nicht die Gerichtsstellen in S. und die Gerichtsstelle in E. in Betracht. Als in S. eine Steuerkarte nicht vorhanden war, waren 10% Lohnsteuer für August 1928 abgezogen und abgeführt worden. Wegen zu hohen Abzugs forderte der Amtsgerichtsrat Rückerstattung von 16,50 RM. und betonte, selbst er im Ruhestande stehe, hätten die Gerichtsstellen für ihn Steuerkarten beschafft oder von den Gemeinden bekommen; er habe ohne Verhindernde annehmen können, daß auch die Gerichtsstelle in E. eine Steuerkarte für ihn besorgen werde. Das Finanzamt und das Finanzgericht verhielten den Standpunkt, daß der Amtsgerichtsrat i. R. sich selbst rechtzeitig eine Steuerkarte hätte beschaffen müssen. Der angerechnete Reichsfinanzhof aber erklärte nach Mitteilung der Deutschen Beamtenbund-Korrespondenz die Rechtsbeschwerde des Amtsgerichtsrats für gerechtfertigt. Er führte aus: Abgesehen davon, daß im vorliegenden Falle der Arbeitgeber für die Beschaffung einer neuen Steuerkarte hätte sorgen müssen, habe der Amtsgerichtsrat auch annehmen dürfen, daß die Gerichtsstelle in E. eine Steuerkarte für ihn beschaffen oder dem Amtsgerichtsrat hätte mitteilen müssen, daß eine Steuerkarte für ihn nicht vorhanden sei. Als schließlich die Gerichtsstelle dem Amtsgerichtsrat von dem Fehlen der Steuerkarte Mitteilung gemacht habe, sei von ihm alles getan worden, um eine Steuerkarte zu beschaffen; ihn treffe daher kein Ver-schulden.

## Um die Prohibition.

Hoover für Verbeibaltung.

Der Bericht des Untersuchungsausschusses über die Prohibitionsfrage gibt ein getreues Spiegelbild des in allen Parteien und sozialen Schichten mit größter Leidenschaft geführten Kampfes. Von den elf Mitgliedern des Ausschusses verlangen zwei den glatten Widerruf des Prohibitionsgesetzes. Ein Mitglied schlägt die Übernahme der in Schweden geltenden Bestimmungen vor. Drei Mitglieder setzen sich für eine Änderung des Prohibitionsgesetzes und die übrigen fünf für eine Fortsetzung des gegenwärtigen Systems ein. Einstimmig erklärt der Ausschuß, daß

seit der Einführung der Prohibition ein erschreckendes Anwachsen der Gesetzesmissetatung und der Korruption

festzustellen sei. Ebenso einstimmig verweist er aber auch auf die Vorteile der Prohibition, die eine allgemeine Erhöhung des Lebensstandards, eine Vermehrung der industriellen Erzeugung und damit ein allgemeines Aufblühen zur Folge gehabt habe.

Präsident Hoover fügte dem Prohibitionsbericht ein Schreiben an den Kongreß bei, in dem er eine Verbeibaltung des gegenwärtigen Systems befürwortet.

## Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 21. Januar 1931.

Merktblatt für den 22. Januar.

Sonnenanfgang	7 <sup>11</sup>	Rondaufgang	9 <sup>11</sup>
Sonnenuntergang	16 <sup>11</sup>	Ronduntergang	20 <sup>11</sup>
1729: Gotti, Cyprain Lesing geboren.			

### Was hilft gegen Grippe?

Deutschland ist gegenwärtig von einer Grippe-epidemie erfaßt worden, und die Frage: Was hilft gegen Grippe? beschäftigt alle Welt. Fast jeder sucht sich da als beruhigender Helfer und glaubt, einen guten Rat erteilen zu können. Bisherige Mittel werden als sicher wirksam empfohlen, aber schon aus dieser Vielheit geht hervor, daß es ein wirklich zuverlässiges Mittel gegen die Grippe nicht gibt. Zudem ist es gefährlich, durch solche Selbstbehandlung die Krankheit zu verschleppen oder gar zu verschlimmern. Wer an Grippe erkrankt ist oder erkrankt zu sein glaubt, der tann daher nichts Besseres tun, als sich ins Bett zu legen und den Arzt zu rufen, dem die in jedem einzelnen Falle besonders geeigneten Mittel und Wege zur Verfügung stehen, um der Krankheit Herr zu werden.

Viele aber, die die Frage aufwerfen: Was hilft gegen Grippe? wollen ganz etwas anderes wissen, nämlich: Wie schätzt man sich vor der Grippe? Auch hier helfen im allgemeinen weder Mittel noch Mittelchen, noch der vielfach gepriesene Alkoholgenuß, der bei Herzkranken und in manchen anderen Fällen oft sogar bedenklich ist. Vor der Grippe wird nur der sich wirklich schützen können, der sich entsprechend tüchtig zu benehmen weis.

Die Grippe ist eine durch die Luft, insbesondere durch die beim Husten und Niesen verbreiteten Tröpfchen übertragbare Erkrankung, der eine Erkältung den Weg bereitet. Vorbeugung gegenüber jedweder Art von Erkältung durch genügend warme Kleidung, durch Bewegung und ausreichende Nahrung der Boden- und Arbeitsträume, durch körperliche Bewegung und planmäßige Abhärtung stehen uns zunächst einmal als wirksame Hilfe gegen den Angriff der Grippe zur Verfügung. Wer erkrankt ist, der halte beim Husten und beim Niesen ein Taschentuch vor den Mund. Auch das Taschentuch muß pfleglich behandelt werden. Man entsektet es nicht bei jeder Gelegenheit und ersezt es möglichst oft durch ein neues. Sehr wertvoll in Grippezeiten ist auch die Verwendung von Vapocrialsäure, die nach einmaliger Benutzung vernichtet werden kann. Man suche ferner, von Hustenden und Niesenden oder Grippekranken Abstand zu halten, mindestens um Armeelänge. Vernünftige Ernährung, Saubertum an sich selbst und gegenüber anderen werden das Überdru tun, um den Körper nach Möglichkeit vor der Grippe zu bewahren.

Streupflicht bei Grippe. Die Pressestelle der Landwirtschaftskammer macht darauf aufmerksam, daß nach einer Statistik der Sächsischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft allein im vergangenen Dezember 80 Anfälle gemeldet wurden, die sich durch Fallen auf ebener Erde ereignet, von denen der größte Teil durch Stöße verursacht war. In 14 Fällen war auf den Anfall anfalligen Knochenbruch ausgegangen. Bei dieser Gelegenheit wird erneut auf die Unfallverhütungsvorschriften aufmerksam ge-

Handwerksmeisterprüfungen. Die wirtschaftlich schwierigen Zeiten haben es erschwerend nicht vermocht, die Zahl der Anmeldungen zu den Handwerksmeisterprüfungen in einem auffälligen Ausmaße herabzudrücken. Nach wie vor ist die Beteiligung an den Meisterprüfungen betrübend. Neben dem Beweise des Wertes, der dem Recht zur Führung des Handwerksmeistertitels und der Befugnis zum Anleiten von Lehrlingen zukommt, ist dies auch allgemein ein Zeichen des Strebens im Handwerk. Es ist zum Besten des Einzelnen wie des ganzen Standes äußerst wünschenswert, daß jeder ordnungsmäßig ausgebildete Handwerker zu seiner Zeit die Meisterprüfung ablegt. Auch Handwerker, die sich in Gehilfenstellung befinden, ist die Ablegung der Prüfung im Interesse ihres Fortkommens bestens anzuraten. Die nächsten Prüfungen finden im Frühjahr 1931 statt. Handwerker im Regierungsbezirk Dresden haben ihr Gesuch um Zulassung zur Meisterprüfung bis spätestens zum 15. Februar 1931 an die Gewerbeinspektion, Dresden-N. 1, Grunauer Straße 50, einzuenden. Nur bis zu diesem Tage eingehende vollständige Gesuche finden bei den Prüfungsmeisterprüfungen Berücksichtigung. Später eingehende Meldungen müssen bis zum Herbst 1931 zurückgestellt werden. Am Zulassungsgesuch ist anzugeben, ob sich der Gesuchsteller schon einmal zur Meisterprüfung angemeldet hat, und ob er einer Innung angehört und welcher. Beizufügen sind ein selbstverfaßter und eigenhändig geschriebener Lebenslauf, Zeugnisse über die Gesellenzeit, Zeugnisse gewerblicher Bildungsanstalten, Lehr- und Gesellenprüfungszeugnisse, Wohnungsmeldebchein, Vorschläge für das Meisterstück, Prüfungsgebühr (40 RM.; im Maurer- und Zimmererhandwerk 80 RM.).

Vorsicht mit alten Arzneimitteln! Vom Deutschen Apotheker-Verein wird geschrieben: Es gibt wohl kaum einen Haushalt, in dem sich nicht im Laufe der Zeit aus Resten von Salben, Pasten, Tabletten, Pulvern, Tropfen usw. eine in unzähligen Gläschen, Büchsen, Schachteln usw. zusammengewürfelte „Hausapotheke“ angeammelt hat. Namentlich in kinderreichen Familien, wo häufig schnell ein Pflaster, eine Salbe oder ein Pulver gebraucht wird, werden die Ueberbleibsel der Heilmittel gern langsam aufbewahrt, um später wieder verwendet zu werden. Soweit es sich um einfache Hausmittel, wie Vortalbe, Vaseline usw. handelt, wird bei zweckmäßiger Aufbewahrung in der Regel eine spätere Weiterverwendung ohne Bedenken sein. Man sei aber trotzdem vorsichtig und gebrauche z. B. auch alte Heilmittel nicht wieder, ohne vorher den Apotheker gefragt zu haben, ob sie noch gut sind. Allergische Vorsicht ist aber bei allen vom Arzt verordneten eigentlichen Arzneimitteln geboten! Hier hat sich vielfach besonders bei Tabletten die sehr bedenkliche Gewohnheit eingebür-